

Nr. 15/520

Ausbau des Containerterminals CT IV

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000
(Drucksache 15/575)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/521

Für eine ökologische und praktikable Novelle der Verpackungsverordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2000
(Drucksache 15/542)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt und Energie (federführend) und die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 15/522

Regionalstadtbahn zügig vorantreiben

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD
vom 14. Dezember 2000
(Drucksache 15/571)

Der Senat wird gebeten,

1. die BSAG aufzufordern, dem Senat ein Angebot für den Betrieb einer Regionalstadtbahn Bremen–Nordenham und Bremen–Oldenburg bis zum 28. Februar 2001 vorzulegen. Sofern die BSAG kein mit der DB AG abgestimmtes Angebot vorlegen kann, soll sie ein Angebot allein oder mit anderen Verkehrsunternehmen vorlegen;
2. dieses Angebot zu prüfen, und der Bürgerschaft (Landtag) über die Deputation für Bau bis zum 31. Mai 2001 zu berichten;
 - a) welche Investitionen für die Einrichtung der RSB mit welchen Kosten für Bremen notwendig sind;
 - b) welche Kosten der Betrieb der RSB für Bremen als Besteller oder als Eigentümer der BSAG verursacht;
 - c) einen Zeit- und Maßnahmenplan vorzulegen und die Planung für die RSB in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans aufzunehmen.
3. Verhandlungen mit der DB AG aufzunehmen, wie eine Beseitigung der Langsamfahrstrecken im Hauptbahnhof Bremen und auf der Strecke Hude–Nordenham schnell realisiert werden kann.

Nr. 15/523

Für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz – Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt – Dritter Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen –

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000
(Drucksache 15/573)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/524

Verbesserung der Möglichkeiten für Ehrenamt/Freiwilligenarbeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung für Ehrenamt/Freiwilligenarbeit

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000
(Drucksache 15/574)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/525

Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Orientierung in die Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Landesverfassung)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2000
(Drucksache 15/581)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung.

Nr. 15/526

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung:

| Mitglieder | Stellvertreter/-innen |
|--|--|
| Engelmann, Michael (SPD) | Berk, Gerlinde (SPD) |
| Isola, Horst (SPD) | Schwarz, Gisela (SPD) |
| Eckhoff, Jens (CDU) | Oppermann, Karl Uwe (CDU) |
| Röwekamp, Thomas (CDU) | Windler, Annedore (CDU) |
| Dr. Kuhn, Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) | Linnert, Karoline (Bündnis 90/Die Grünen) |

Nr. 15/527

Fazit nach fünf Jahren Pflegeversicherung

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001
(Drucksache 15/587)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2001
(Neufassung der Drs. 15/595 vom 22.01.01)
(Drucksache 15/633)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 30. Juni 2001 einen Bericht zur Lage der Behinderten im Land Bremen vorzulegen, aus dem hervorgeht, inwieweit der Verfassungsauftrag zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen verwirklicht wurde, wo ergänzender Handlungsbedarf besteht und welche Form (z. B. gesetzliche Regelungen) der Senat dafür geeignet hält.
2. In diesem Zusammenhang bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern darzulegen:
 - a) wie der Senat die Begriffe „behinderte Menschen“ und „Diskriminierung von behinderten Menschen“ definiert;
 - b) inwieweit durch eine ressortübergreifende Bündelung der Zuständigkeiten nach dem Vorbild anderer Bundesländer die Beratung, Hilfe und Förderung von Menschen mit Behinderungen effektiver und bürgernäher gestaltet werden kann;
 - c) in welcher Form und Regelmäßigkeit derzeit ein Austausch mit den Behindertenverbänden stattfindet und ob der Senat zusätzlich bereit wäre, die Einrichtung einer gewählten Interessenvertretung etwa nach dem Beispiel der Seniorenvertretung in Bremen zu unterstützen;
 - d) ob und gegebenenfalls für welche Bereiche des Landesrechts eine erleichterte Beweisführung für das Vorliegen einer Benachteiligung/Diskriminierung in Betracht kommt;
 - e) zu welchen Standards einer barrierefreien Gestaltung von Wohnhäusern, Verkaufsstätten, Gaststätten, Beherbergungsbetrieben, Sportstätten, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen öffentliche und private Bauherren bereits heute verpflichtet sind, in welchen Bereichen und warum es bei der Beachtung der vorgeschriebenen behindertengerechten Bauweise noch Defizite gibt, durch welche Maßnahme diese behoben werden sollen und inwieweit Behindertenvertreter bereits heute an der Bauplanung beteiligt werden;
 - f) bis wann und durch welche technischen Vorrichtungen sichergestellt wird, dass alle öffentlichen Verkehrsmittel und Haltestellen der BSAG und des übrigen Regionalverkehrs barrierefrei zugänglich sind;
 - g) welche Kindertagesstätten und Schulen im Land Bremen bereits heute als Integrationseinrichtungen ausgebaut sind, in welchen Einrichtungen bisher eine gemeinsame Betreuung bzw. ein gemeinsamer Unterricht noch durch einen Mangel an personellen oder sachlichen Ressourcen erschwert wird, inwieweit eine sonderpädagogische Lehreraus- und fortbildung zum Pflichtprogramm von Studium und Referendariat gehören und welche Vorkehrungen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen bei der außerschulischen berufsqualifizierenden Weiterbildung und im Hochschulbereich bisher getroffen wurden;
 - h) ob und gegebenenfalls bis wann mit einer bundesgesetzlichen Regelung zur Anerkennung der Gebärdensprache (Lautsprache, lautsprachbegleitende Gebärden und Gebärdensprache) als Kommunikationsform der deutschen Sprache zu rechnen ist, inwieweit und ab welcher Altersstufe die Gebärdensprache an der Schule für Gehörlose und Schwerhörige zur Förderung der Kommunikationsfähigkeit und zum Wissenserwerb eingesetzt wird, inwieweit im Umgang mit öffentlichen Dienststellen ein Anspruch auf einen Dolmetscher besteht; welche Kosten mit der Anerken-

nung der Gebärdensprache verbunden sind und wer die Kosten einer solchen Anerkennung gewährleisten soll;

- i) in welchem Umfang zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen sachliche und persönliche Hilfen für den Arbeitsplatz, den häuslichen Bereich, die Kindertagesstätten, die Schulen und zur Freizeitgestaltung und welche darüber hinausgehenden Möglichkeiten der Assistenz in anderen Bundesländern gewährt werden;
 - j) welche staatlichen Mittel seit 1995 jeweils jährlich im Durchschnitt pro anspruchsberechtigten Behinderten gewährt wurden nach den
 - ja) §§ 39, 40 Bundessozialhilfegesetz jeweils Leistungen nach den Sätzen 1 bis 8 und wie sich der Kreis der Anspruchsberechtigten im Land Bremen jeweils definiert sowie
 - jb) nach dem Landespflegegeldgesetz;
 - k) welche Mittel seit 1995 für eine unabhängige Beratung behinderter Menschen aufgewendet wurden;
 - l) welche Maßnahmen der Senat ergreifen wird, um den Anspruch behinderter Menschen auf Arbeitsassistenz bedarfsgerecht zu gestalten;
 - m) welche Maßnahmen der Senat ergriffen hat, um den Anspruch von behinderten und pflegebedürftigen Menschen auf eine barrierefreie Wohnung umzusetzen, und wie sich Angebot und Nachfrage an diesen Wohnungen in den letzten fünf Jahren entwickelt haben;
 - n) welche Maßnahmen der besonderen Förderung von Frauen mit Behinderungen in Wirtschaft und Gesellschaft dienen;
 - o) welche Erkenntnisse dem Senat über den sexuellen Missbrauch behinderter Frauen und Mädchen im Lande Bremen vorliegen und welche besonderen Schutzmaßnahmen diesbezüglich bestehen bzw. zusätzlich getroffen werden können;
 - p) welche Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst im Lande Bremen besteht, wie sich diese Situation im Hinblick auf Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts darstellt und welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, damit noch mehr Aufgabenbereiche von Menschen mit Behinderungen wahrgenommen werden können und die Beschäftigungsquote erfüllt wird;
 - q) wie die Versorgung der auf mittlere Sicht wachsenden Zahl von geistig behinderten Menschen mit wohn- und tagesstrukturierenden Angeboten angesichts der haushaltsmäßigen Begrenzung der Sozialhilfekosten gesichert werden soll.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, beginnend mit dem Jahr 2002 alle zwei Jahre einen standardisierten Bericht über die Lage der Behinderten in Bremen und Bremerhaven vorzulegen.

Nr. 15/529

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2001
(Drucksache 15/599)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/530

Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2001
(Drucksache 15/584)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/531

Schluss mit Tierquälereien an der Bremer Universität

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 31. Januar 2001
(Drucksache 15/608)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/532

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 23 vom 6. Februar 2001

(Drucksache 15/610)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/533

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Manfred O p p e r m a n n

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Bringfriede Kahrs zum Mitglied und den Abgeordneten

Hermann K l e e n

anstelle des Abgeordneten Manfred Oppermann zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 15/534

Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremFidatasG)

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2000
(Drucksache 15/513)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/535

Gesetz über den Eigenbetrieb Fidatas Bremen Eigenbetrieb des Landes Bremen (BremFidatasG)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 16. Februar 2001
(Drucksache 15/625)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 15/536

Wahl eines Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas E h m k e

anstelle des Abgeordneten Rainer Nalazek zum Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 15/537

Wahl eines Mitglieds des Datenschutzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas E h m k e

anstelle des Abgeordneten Michael Engelmann zum Mitglied des Datenschutzausschusses.

Nr. 15/538

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Aufnahme der Küstenautobahn in den Bundesverkehrswegeplan
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 5. Februar 2001
(Drucksache 15/609)
2. Ausbau von Bahnverbindungen statt Küstenautobahn
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Februar 2001
(Drucksache 15/624)
3. Einbürgerung von Kindern fördern
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Dezember 2000
(Drucksache 15/559)
4. Einbürgerung von Kindern fördern
Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/614)
5. Mittelweser-Ausbau forcieren und Schleusen den Schiffgrößenentwicklungen anpassen
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/618)